

gemeinsamer Antrag	07.05.2020
An: Frau Bürgermeisterin Leidemann	ggf . Nummer
☒ Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag) ☒ Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: HFA (11.05.2020), Rat (falls Verwaltungsvorlage zur Delegation scheitern sollte) ☐ Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich ☒ Bürgermeisterin ☐ Ausschussvorsitzender. ☒ SPD-Fraktion ☒ CDU-Fraktion ☒ Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ☒ Fraktion bürgerforum ☒ Fraktion DIE LINKE. ☒ Fraktion Solidarität für Witten ☒ FDP-Fraktion ☒ Fraktion WBG ☐ Piraten ☐ WITTEN DIREKT ☐ Pro NRW ☒ fraktionslose Ratsmitglieder ☐ Integrationsrat ☐
Betreff Dringlichkeitsantrag „Witten ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen!“	

Inhalt(bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Witten unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke“ und erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ für geflüchtete Menschen. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Witten bereit ist, geflüchtete Menschen, zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen. Die Verwaltung wird diese Bereitschaft der Bundes- und Landesregierung mitteilen und anbieten. Sie wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter und der entstehenden Kosten Sorge zu tragen.
3. Der Rat appelliert an den Bund und das Land NRW, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter.innen entgegenzutreten.
4. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Hilfen endlich anzunehmen und die aufnahmewilligen Kommunen zu unterstützen.
5. Die Stadt Witten appelliert an den Bund und das Land NRW, bestehende Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht auszuweiten oder neu zu schaffen (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm[1] und Programme der Bundesländer nach §23 Aufenthaltsgesetz).
6. Die Stadt Witten veröffentlicht transparent die aus diesem Antrag folgenden Maßnahmen und informiert im passenden Ausschuss des Rates (derzeit Ausschuss für Soziales, Wohnen, Integration und Demografie) darüber.

Begründung der Dringlichkeit:

An den Europäischen Außengrenzen werden rechtsstaatliche Standards derzeit nicht eingehalten und der Geist der europäischen Asylpolitik verletzt. Statt Menschen zu helfen, die vor Krieg flüchten müssen, und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, schickt ihnen die EU paramilitärische Frontex-Truppen, damit sie bloß keine Gelegenheit erhalten, auf EU-Gebiet ihr Asylrecht wahrzunehmen. Statt Menschen aufzunehmen, die versuchen, über das Mittelmeer in die EU zu flüchten, werden sie in Libysche Lager geschickt, in denen Folter und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind.[2] Die Menschen sind dort auf engsten Raum zusammen eingesperrt. An Hygiene- und Abstandsregeln ist nicht zu denken.

EU-Flüchtlingslager wie Moria auf der Insel Lesbos sind derzeit teilweise um den Faktor zehn überbelegt. Abstands- und Hygieneregeln sind dort nicht einzuhalten. Sollte dort irgendwann Sars-Cov-2 auftreten, was wahrscheinlich ist, kann das Virus auch hier ungehemmt wüten und wird viele Tote fordern. Daher fordert unter anderem Ärzte ohne Grenzen dringend eine umgehende Evakuierung dieser Lager.[3] Jugendliche der Bewegung Fridays for Future befinden sich seit dem 29. April im unbefristeten Hungerstreik, um diese Forderung zu unterstützen.[4]

Um die Lage zu entschärfen und den betroffenen Menschen zu helfen, ist es dringend erforderlich, Land und Bund zu signalisieren, dass es Städte gibt, die sich bereit erklären, Geflüchtete auch über die festgelegte Quote hinaus aufzunehmen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben in Sicherheit zu ermöglichen.

Die Umsetzung einzelner Schritte des Antrages kann abhängig von der derzeitigen besonderen Belastungssituation der Verwaltung erfolgen. Das politische Signal kann und muss jetzt gesendet werden!

Begründung:

Die weitere Begründung erfolgt mündlich durch die unterzeichnenden Fraktionen.

[1] <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme-node.html>

[2] <https://www.youtube.com/watch?v=oOKER6qx5hQ>

[3] <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/lesbos-samos-corona>

[4] <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1136251.leavenoonebehind-hungerstreik-gegen-fluechtlingspolitik.html>

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Lieselotte Dannert
(Ausschussvorsitzende AsoWoInDe)

Fraktion bürgerforum

gez. Kurt-Martin Schmelzer
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Harald Kahl
(Ratsmitglied)

Fraktion PIRATEN

gez. Roland Löpke
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Stefan Borggraefe
(stv. Fraktionsvorsitzender)